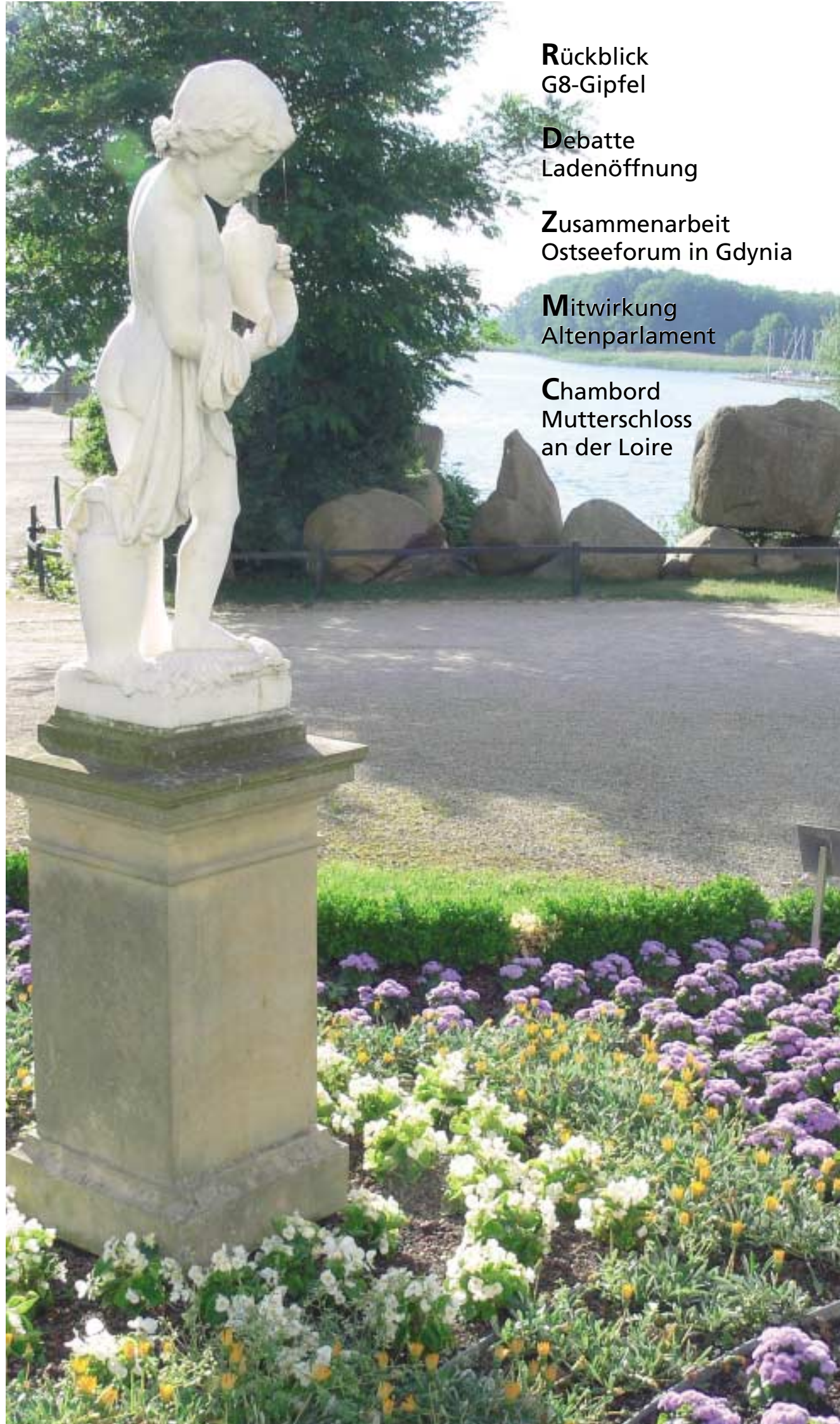


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



Rückblick
G8-Gipfel

Debatte
Ladenöffnung

Zusammenarbeit
Ostseeforum in Gdynia

Mitwirkung
Altenparlament

Chambord
Mutterschloss
an der Loire



Jahrgang 17
5 / 2007

Inhalt

Spezial

5. Altenparlament des Schweriner Schlosses	3
Aus dem Plenum	
<i>Aktuelle Stunde:</i> Durchführung des Weltwirtschaftsgipfels 2007 in Heiligendamm	4 – 5
<i>Weitere Themen:</i> Volksinitiative zum Studiengang Rechtswissenschaften Uni Rostock Volksabstimmungsgesetz Volksinitiative Verfassung Film- und Medienförderung in M-V Landespflegegesetz	6 – 8
<i>Auszüge aus der Debatte:</i> Ladenöffnungsgesetz	9 – 14
Aus den Ausschüssen	15 – 17
<i>Enquetekommission</i> Anhörungen der Städte und Umlandgemeinden	
<i>Petitionsausschuss</i> Kontroll Yuan der Republik China zu Gast	
<i>Internationale Beziehungen</i> Konferenz des Parlamentsforums südliche Ostsee Maritime Politik der norddeutschen Parlamente Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz	
Spezial	18
5. Altenparlament	
Schlossgeschichten	19
Chambord – das „Mutterschloss“ an der Loire	

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 2151,
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth
Klößgang 5, 19053 Schwerin
Fon: 03 85 / 48 56 3-0, Fax: 48 56 3-24

Titelbild:

Skulptur „Allegorie des Wassers“ auf der
Orangerieterrasse des Schweriner Schlosses.

Bildnachweis:

Balewski (3/1-2, 4/1-3, 5/1-5, 15/1, 16/1, 17/1)
Büttner (6/1-2, 8/1-2, 14/1)
Kettler (9/1, 10/1, 11/1, 12/1-2, 13/1, 20/1,4)
Landtagsverwaltung/Lange (19/1-3)
Landtagsverwaltung/Richter (18/1-3, 20/2)
Privat (2/1)
Sinnecker (Titelfoto)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die
Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urhe-
berrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher
Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten kön-
nen kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Und wozu das Ganze?

Es war einmal, 32 Jahre ist es her. Europa schlitterte gerade in eine Krise, der Ölpreis drohte zu explodieren, die Wirtschaft lahmte, das Währungssystem hakte, dem Westen drohten schwere Zeiten. Damals setzten sich ein paar Staatschefs zusammen: Kanzler Helmut Schmidt und Frankreichs Giscard d'Estaing, dazu die Regierenden aus den USA, Großbritannien, Japan und Italien. Die Herren trafen sich mehr oder weniger privat auf Schloss Rambouillet in Frankreich. Sie saßen am Kamin und redeten über die Dinge, die sie bewegten. Und weil es ihnen gut gefiel, vereinbarten sie, im nächsten Jahr wieder zu plaudern.

Das war der Anfang von G8. Das Treffen in Heiligendamm, 32 Jahre danach, sollte eigentlich das letzte Mal gewesen sein. Zwischen dem Treffen an der Ostsee und dem im französischen Schloss liegen nicht nur mehr als drei Jahrzehnte, sondern Welten. Was als kleines informelles Kamingespräch begann, wucherte krebsgleich zu einem unpopulären Riesenergebnis mit unvermeidbaren Kosten, unzumutbaren Sicherheitsvorkehrungen und unscheinbaren Ergebnissen.

In Rambouillet ging es noch darum, dass sich sechs Staatschefs austauschten und eine gemeinsame Strategie überlegten. Heiligendamm war ein politisches Mega-Event, vergleichbar mit einer UN-Vollversammlung. Nicht ein paar Herren rangen um eine Linie, Tausende „Sherpas“ bastelten an Formulierungen, die am Ende so ausgeklügelt und dünn waren, dass alle angereisten Herrschaften unterschreiben konnten, dabei ihr Gesicht wahrten und der gastgebenden Kanzlerin (und den Medien) das Gefühl eines Gipfelerfolges vermittelten.

In der Sache selbst – dem anscheinend unaufhaltsamen Klimawandel, dem zunehmenden Elend der Länder der Dritten Welt – kam wenig bis gar nichts heraus: Absichtserklärungen einerseits, Geldversprechen, die schon beim letzten Gipfel gegeben wurden, andererseits.

Und dafür dieser Aufwand: Ein millionenteurer Zaun, der zum Symbol wurde für die Abschottung der politischen Spitzen vom Volk. Dazu ein Bündel von Kontrollmaßnahmen in Deutschland, als stünde ein Bürgerkrieg vor der Tür: Briefe wurden kontrolliert, Schnüffelproben genommen, Computer und Wohnungen durchsucht. 16.000 Polizisten aller



Bernhard
Honnigfort

Bernhard Honnigfort, geboren 1960 in niedersächsischen Nordhorn. Studium der Publizistik, Anglistik und Politologie. Volontariat bei der *Emder Zeitung*. Seit 1990 Redakteur bei der *Frankfurter Rundschau*, erst im regionalen Teil, später als Inlandskorrespondent für Ostdeutschland.

Bundesländer hockten tagelang in mecklenburgischen Wäldern, um einen Gipfel vor Demonstranten zu beschützen, an dessen Ende so wenig herauskam, dass man es auch in einer kleinen Telefonschaltkonferenz hätte erledigen können. Wenn man denn wollte.

Rambouillet ist Vergangenheit, Heiligendamm sollte es auch sein. Das eine wird es nicht wieder geben. Die Zeiten sind andere. Seit dem Terror-Anschlag am 11. September 2001 in New York werden Staatschefs bewacht wie nie zuvor. Heiligendamm zeigte, was das bedeutet und was es kostet.

Noch ein Heiligendamm sollte es deshalb nicht geben. Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis mehr. Eine drei Tage dauernde Veranstaltung für rund 100 Millionen Euro? Demokratische Staatschefs müssen sich treffen können, Terrorgefahr hin oder her – lautete das Argument der Gipfel-Befürworter. Ein Verzicht auf Heiligendamm wäre ein Zurückweichen vor der Terrorgefahr gewesen. Aber war das Festhalten daran die richtige Antwort?

Innenminister Wolfgang Schäuble rieb Kritikern gerne unter die Nase, wo, bitteschön, man sich denn dann noch treffen könne? In einem U-Boot?

So weit muss es ja nicht gehen. Es gibt abgelegene Inseln. Die USA, Russland, Frankreich und Großbritannien haben geräumige Flugzeugträger. Auch ließe sich bestimmt ein Luxusdampfer für die wenigen Tage chartern. Alles, tatsächlich alles wäre besser als ein weiteres Heiligendamm oder Sankt Petersburg oder Gleneagles in Schottland. Auch die Zeit solcher Treffen ist vorbei.

Bernhard Honnigfort

„Neue Alte“ so fit wie nie zuvor

Altenparlament tagte zum fünften Mal im Schloss

Sie sind leistungsbereit und vital. Sie wollen sich einbringen in die Gesellschaft, auch wenn sie längst aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Und – sie werden immer mehr: Die „neuen Alten“. Das beweisen die Teilnehmer des Altenparlaments alle zwei Jahre immer wieder aufs Neue. Am 20. Juni trafen sie sich zum fünften Mal seit 1999 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Und sie hörten viel Schmeichelhaftes von höchster Seite: Die „neuen Alten“ seien so fit wie keine Generation zuvor, sagte zum Beispiel Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff**, selbst 67 Jahre alt. „Wir werden die Gesellschaft verändern“, fügte er vor den 71 Delegierten von 27 Seniorenorganisationen hinzu.

Die Vizepräsidentin des Parlaments, **Renate Holznagel**, präziserte: 2020 werden nach derzeitigen Prognosen über die Hälfte der Menschen älter als 50 Jahre sein. Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich im Vergleich zu heute mit dann 7,6 Prozent mehr als verdoppeln. Der demographische Wandel vollzieht sich in Mecklenburg-Vorpommern wegen der Abwanderung, dem Geburtenrückgang und der Zuwanderung Älterer schneller als anderswo. Darin sieht das Altenparlament auch eine Chance.

Brigitte Paetow, Vorsitzende des Landesessenorenbeirates und Präsidentin des 5. Altenparlaments, betonte: „Senioren sind nur zu einem geringen Teil hilfs- und pflegebedürftig.“ Wichtig sei aber eine ausreichende Altersversorgung. „Ein Ehrenamt muss man sich auch leisten können“, sagte sie. Die seit Jahren kritisierten Unterschiede der Rentenpunktbewertung bestünden fort. Noch immer sei ein durch Beitragszahlung erworbener Rentenpunkt im Osten 3,18 Euro weniger wert. Angesichts drohender Altersarmut forderte sie die Landesregierung auf, an dem Thema dran zu bleiben. Mecklenburg-Vorpommern hatte es bereits in den Bundesrat eingebracht, wo es aber keine Mehrheit fand.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, unterstützte die Forderung nach einer Rentengleichung. 17 Jahre nach der Wiedervereinigung müsse diese Lücke endlich geschlossen werden.

Dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Harry Glawe**, zufolge ist dringend ein neues Altersbild notwendig. Lebenslanges Lernen, ein gesunder Lebensstil und gezieltes Training könnten die Leistungsfähigkeit im Alter erhalten.

„Die Erfahrung älterer Menschen muss von der Gesellschaft genutzt werden“, forderte auch der 64-jährige Landtagsvizepräsident **Hans Kreher**. „Wer aktiv ist, bleibt länger gesund“, unterstrich der FDP-Parlamentarier. **Norbert Nieszery** (SPD) versprach denjenigen Unterstützung, die nicht bis ins hohe Alter fit bleiben. Älteren Menschen soll es ermöglicht werden, so lange wie möglich zu Hause zu leben. Dabei müssten auch neue Wohnformen entwickelt werden. Nach seiner Ansicht ist es wichtig, das Ehrenamt, beispielsweise bei der Betreuung Demenzkranker, zu stärken. Das Altenparlament befasste sich in Arbeitsgruppen mit den Themen „Alterssicherung – Rente – Altersarmut“, „Seniorenfreundliches Lebensumfeld“ und „Gesund alt werden“. Von der Politik forderten die Teilnehmer unter anderem, die nötigen Rahmenbedingungen für ein langes Leben in Gesundheit, Eigenverantwortung und mit Arbeit bis zum Rentenantritt zu schaffen sowie sich für eine bessere ärztliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum einzusetzen. In Resolutionen sprach

sich das Altenparlament gegen den massenhaften Verkauf kommunaler Wohnungen und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aus. Die NPD war als einzige Fraktion des Landtages nicht zum Altenparlament eingeladen. „Das war eine bewusste Entscheidung“, sagte Brigitte Paetow.

Das Altenparlament ist ein Forum der politischen Meinungsäußerung, das zwar keine verbindlichen Beschlüsse fassen kann, aber gegenüber Politik und Öffentlichkeit die Interessen der Senioren vertritt.

Weitere Informationen zum Altenparlament lesen Sie auf Seite 18.



Das Sitzungspräsidium des Altenparlaments: v. r. Brigitte Paetow, Landesessenorenbeirat; Dr. Hans-Jürgen Audehm, Landesverband der Volkssolidarität; Günter Holz, Landesessenorenbeirat. Links Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel.



71 Delegierte aus 27 Seniorenorganisationen nahmen am 5. Altenparlament im Schweriner Schloss teil.

Parlament blickt auf Gipfel zurück

Debatte um G8-Sicherheitskonzept mit unterschiedlichen Bilanzen

Knapp eine Woche nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm haben Redner in der Aktuellen Stunde des Landtages am 13. Juni unterschiedliche Bilanzen gezogen. Während die Landesregierung ein insgesamt positives Fazit zog und die Polizei-strategie verteidigte, äußerte die Opposition teilweise Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte und forderte Auskunft über die vom Land zu tragenden Sicherheitskosten.

CDU-Fraktionschef **Dr. Armin Jäger** lobte die Polizei, die bis zum Schluss die Strategie der Deeskalation durchgehalten habe. „Das war eine Leistung“, sagte der Parlamentarier. Die Polizisten aus allen Ländern und vom Bund hätten Mecklenburg-Vorpommern einen „freundlichen, werbewirksamen G8-Gipfel“ beschert. Der Gipfel sei – allen Unkenrufen zum Trotz – ein Erfolg für das Land, die Bundesrepublik, die Entwicklungsländer und die Umwelt geworden. Mit Empörung reagierte er auf „gewaltbereite Autonome“, die in den Protestcamps „abtauchen“ konnten. Er kritisierte, dass es von Seiten der friedlichen Protestler keinerlei Anzeigen gegen Steinewerfer gegeben habe.

Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** bezeichnete den Verlauf des Gipfels trotz der Krawalle von Rostock als Erfolg. „Insgesamt ist das Sicherheitskonzept aufgegangen. Die

Strategie der Deeskalation war richtig“, betonte er. Die Mehrzahl der Demonstranten habe friedlich und fantasievoll protestiert. Mecklenburg-Vorpommern habe Deutschland und der Welt bewiesen, „dass es in der Lage ist, Ereignisse dieser Kategorie zu stemmen“. Viele positive Bilder des Landes seien um die Welt gegangen, Mecklenburg-Vorpommern habe an Bekanntheit als Urlaubsland und Investitionsstandort gewonnen. „Mecklenburg-Vorpommern war ein guter Gastgeber“, sagte der Regierungschef.

Innenminister **Lorenz Caffier** hat Defizite beim Polizeieinsatz eingeräumt, die Kritik an der Strategie der Deeskalation aber zurückgewiesen. Bei einem „so komplexen Einsatz von bis zu 20.000 Menschen“ könne „nicht alles hundertprozentig optimal verlaufen“, sagte er. Zur Grundsatzstrategie habe es aber keine Alternative gegeben. „Das Gebot zur Deeskalation durch die Polizei ist ständige Verpflichtung aus dem verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.“ Die Polizei sei bei den schweren Krawallen am 2. Juni in Rostock unter anderem deshalb so spät gegen den „schwarzen Block“ eingeschritten, um Ausschreitungen im Stadtzentrum zu verhindern. Bei den Straßenschlachten zwischen Polizei und Autonomen im Stadthafen hatte es mehrere hundert Verletzte auf beiden Seiten gegeben. Laut Caffier waren nach den Krawallen 43 Polizis-

ten vorübergehend dienstunfähig. Er kündigte für Ende Juni einen detaillierten Bericht im Landtags-Innenausschuss an.

Die oppositionelle Linkspartei.PDS kritisierte den erst kurz vor der Landtagssitzung bekannt gewordenen Einsatz von Aufklärungsflugzeugen der Bundeswehr. „Afghanistan lässt grüßen“, sagte **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, Fraktionschef der Linken. Er forderte die Landesregierung auf, die vom Land zu tragenden G8-Sicherheitskosten genau aufzulisten, und stellte in Zweifel, dass die veranschlagten 70 Millionen Euro genügen werden. Ein wichtiger Maßstab für die Bewertung sei auch das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen. Der friedliche und fantasievolle Protest Zehntausender und die konstruktiven Vorschläge des Alternativgipfels sind aus seiner Sicht „zweifelsohne das beste Ergebnis“.

SPD-Fraktionsvorsitzender **Volker Schlotmann** begrüßte ausdrücklich, dass sich „Attac und andere friedliche Organisationen“ erstmals klar von den „kriminellen Chaoten“ distanzieren haben. Seine Bewertung des Gipfels aus politischer Sicht fiel eher zurückhaltend aus. Dass die USA die UNO als Dach für die weltweiten Bemühungen zum Klimaschutz akzeptieren, sei „ein einziges positives Signal“. Scharf kritisierte er die „braunen Demagogen“ von der NPD. Deren Landtagsfraktion



Dr. Armin Jäger (CDU)



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff



Innenminister Lorenz Caffier

habe die Demonstrationen in Rostock, Schwerin und Ludwigslust angemeldet. Damit bezahle die Fraktion NPD-Parteiarbeit. „Aus unserer Sicht sind das klipp und klar illegale Parteispenden“, sagte er.

FDP-Fraktionschef **Michael Roof** warf der NPD vor, nur provozieren zu wollen. „Ihr geht es an keiner Stelle um Aufklärung“, sagte er. Er bezog sich dabei auf einen Eklat bei der Innenausschuss-Sitzung, die in der Vorwoche abgebrochen wurde. Mit „persönlichen Beleidigungen“ habe die NPD „unter die Gürtellinie“ gezielt. „Sie wollen diffamieren. Sie wollen die Demokratie in die Ecke stellen. Das wird es mit uns nicht geben“, betonte er. Von der Regierung forderte er eine genaue Kostenaufstellung. Es gehe aber auch um eventuelle Einschränkungen der Demonstrationsrechte. Die FDP werde nachfragen, inwieweit Bürgerrechte durch die Polizei beschnitten worden seien.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warf der Polizei vor, nicht entschieden gegen „Schwerverbrecher“ aus dem linken Lager vorgegangen zu sein. Zudem beklagte er, seine Partei sei durch Versammlungsbehörden und Gerichte ungleich behandelt worden. Diese hatten Demonstrationen der NPD verboten. Auf die Kritik von Volker Schlotmann hin betonte er, die NPD-Demonstration in Schwerin habe die Partei angemeldet und nicht die Frak-

tion. Dem Innenminister warf er ein Scheitern der Deeskalationsstrategie vor. „Spätestens nach dem 2. Juni wäre es Ihre Pflicht gewesen, in diese Lager einzudringen“, wo man sich verschanzt habe, „und diese Waffenlager auszuräumen“. Die NPD stehe hinter den Ordnungskräften.

Ein Erfolg des G8-Gipfels allein sei schon die Tatsache, dass die NPD überhaupt keine Rolle gespielt habe, unterstrich **Wolf-Dieter Ringguth** (CDU). Im Namen seiner Fraktion dankte er der Polizei und auch den nicht-polizeilichen Organisationen für ihren Einsatz zum Weltwirtschaftstreffen, der eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden gewesen sei. Die Deeskalationsstrategie habe sich als richtig erwiesen. Die Einwohner des Landes hätten sich als gute Gastgeber gezeigt. Bei einem Einsatz dieser Größenordnung gibt es seiner Meinung nach immer auch Dinge, die zu kritisieren sind. Er schloss sich der Forderung nach Aufarbeitung und Nachbereitung des Gipfels an.

*Anmerkung:
In dieser Ausgabe wird noch die Bezeichnung „Linkspartei.PDS“ verwendet, da der Berichtszeitraum vor der Vereinigung von PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE“ liegt.*



Michael Roof (FDP)



Udo Pastörs (NPD)



Prof. Dr. Wolfgang Methling (Linkspartei.PDS)



Volker Schlotmann (SPD)



Wolf-Dieter Ringguth (CDU)

Volksinitiative scheidet mit Antrag

Uni Rostock und Kultusministerium hatten Kompromiss zugestimmt

Der Landtag lehnte am 13. Juni den Antrag einer Volksinitiative zum Erhalt des Studienganges Rechtswissenschaften an der Universität Rostock ab. Bei der – von der NPD beantragten – namentlichen Abstimmung votierten 50 von 61 Abgeordneten für die Ablehnung, elf dagegen. Damit folgte das Parlament mehrheitlich einer Empfehlung des Bildungsausschusses.



Proteste an der Rostocker Uni gegen Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften.

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses und hochschulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Ilka Lochner-Borst**, begründete die Ausschuss-Empfehlung mit dem inzwischen erfolgreich abgeschlossenen Mediationsverfahren. Das Ergebnis sei von Universität und Kultusministerium akzeptiert worden. „Der Senat der Universität Rostock hat den Kompromiss mit breiter Mehrheit anerkannt“, sagte sie. Deshalb lehne die Koalition den Antrag der Volksinitiative ab. So werden zum Wintersemester 2007/2008 in Rostock letztmalig Anfänger für den Studiengang Rechtswissenschaft mit Abschluss Staatsexamen immatrikuliert. Künftig wird es der Vereinbarung zufolge einen neuen Studiengang

mit Schwerpunkt auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts geben, der eng mit der Betriebswirtschaftslehre verknüpft sein soll. Zudem werde die Lehrerbildung in Rostock optimiert. Besonders wichtig sei der Erhalt der Zahnmedizin mit drei Professuren, betonte Lochner-Borst.

Mathias Brodkorb (SPD) sprach von einem fairen Vorschlag. Die Kapazitäten für die Juristenausbildung in Greifswald seien völlig ausreichend. Eine Konkurrenz im eigenen Land helfe nicht weiter. Mecklenburg-Vorpommern brauche eine leistungsfähige Hochschullandschaft. Der Kompromiss sei ein Baustein dazu.

Hans Kreher (FDP) dagegen sieht weder finanzielle noch strukturelle Gründe, die eine Schließung der juristischen Fakultät und einen „derartige Eingriff in die Hochschulautonomie“ rechtfertigen würden. Der Vergleich zwischen Universität und Ministerium sei unter erheblichem Druck zustande gekommen. „Die Freiheit der Forschung und Lehre der Uni Rostock wird ernsthaft beschnitten“, betonte der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Fraktion. Seine Partei werde sich weiter für die Abschaffung der Zielvorgaben und damit für mehr Selbstständigkeit der Hochschulen einsetzen.

Birger Lüssow (NPD) sprach sich für den Erhalt der juristischen Fakultät in Rostock aus. Die Abwanderung von Jura-Studenten und Lehrkräften werde zudem für einen Kaufkraftverlust in der Region sorgen. „Die Mediation war eine geschickte Erpressung“, betonte er.

Für **Andreas Bluhm** (Linkspartei.PDS) ist der Kompromiss eine demokratische Entscheidung. Für die Minderheit, die damit nicht einverstanden ist, sei das sicher schmerzhaft. Aber das Profil der Universität werde gestärkt. Er verwies darauf, dass noch Gerichtsverfahren in dieser Sache laufen.

Der Landtag stimmte mit der Mehrheit von CDU, SPD und Linksfraktion dem Mediationsergebnis zu und folgte damit einem Antrag der Koalitionsfraktionen.



Hauptgebäude der Universität Rostock

Volksinitiative „Pro Jura“

- Im Juli 2006 ist die Volksinitiative „Pro Jura“ für den Erhalt der juristischen Fakultät an der Universität Rostock ins Leben gerufen worden. Ziel war es, 15.000 Unterschriften zu sammeln. Dann muss sich der Landtag mit dem Thema beschäftigen. Das Parlament hatte im Mai 2006 beschlossen, die Fakultät zu schließen und nach Greifswald zu verlagern. Im Gegenzug sollte die Lehrerausbildung in Rostock gebündelt werden. In Rostock waren 2006 rund 1.200 Jura-Studenten eingeschrieben.

- Die Volksinitiative sammelt eigenen Angaben nach 18.000 Unterschriften für den Erhalt der Jura-Ausbildung. Die Initiatoren sehen in der Zielvorgabe durch das Land einen Eingriff in die Hochschulautonomie. Vertreter der Volksinitiative sind fünf Rostocker Professoren.

- Die Unterstützerunterschriften zur Volksinitiative werden im Februar 2007 an die Landtagspräsidentin übergeben.

- Der Landeswahlleiter prüft die Volksinitiative und lässt sie im März 2007 zu.

- Sie wird im gleichen Monat vom Parlament zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen und im Juni erneut im Landtag beraten.

- Bereits am 20. Februar 2007 wird in der Mediation ein Kompromiss zwischen Uni und Bildungsministerium ausgehandelt. Der Senat der Uni Rostock stimmt dem Vergleich Ende Februar mit großer Mehrheit zu. Zwei Wochen später, am 13. März, akzeptiert die Landesregierung den Kompromiss. Gleichzeitig werden 250 Millionen Euro für Bauvorhaben in den kommenden vier Jahren freigegeben. Der Vergleich sieht unter anderem den Erhalt der Zahnmedizin, die Bündelung der Lehrerausbildung und das Ende der Volljuristenausbildung in Rostock vor. Dafür wird der Studiengang Betriebswirtschaftslehre eng mit der juristischen Ausbildung verzahnt.

- Am 13. Juni lehnt der Landtag den Antrag der Volksinitiative zum Erhalt des Studienganges Rechtswissenschaften an der Universität Rostock ab.

Für Frieden und Gewaltfreiheit

Volksinitiative zugelassen

„Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“ – so lautet der Titel einer Volksinitiative, die eine Verpflichtung zum Frieden und zur Gewaltfreiheit als Staatsziel in der Landesverfassung verankern möchte.

Am 8. Mai 2007 hatten Vertreter der Initiative ihren Antrag sowie 17.354 Unterstützerunterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider übergeben. Diese leitete die Dokumente an den Landeswahlleiter zur Prüfung der Rechtmäßigkeit weiter. Diese Prüfung hat ergeben, dass der Antrag die Zulassungsvoraussetzungen des Volksabstimmungsgesetzes erfüllt. Damit haben die Initiatoren ihr Ziel erreicht, dass sich der Landtag mit ihrem Vorschlag beschäftigt. Das Thema steht auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung am 11. Juli.

Mehr direkte Demokratie wagen

Linkspartei scheitert mit Entwurf zum Volksabstimmungsgesetz

Die Fraktion der Linkspartei.PDS ist am 13. Juni im Landtag mit dem Versuch gescheitert, das Volksabstimmungsgesetz zu reformieren. Der Gesetzentwurf wurde nach kontroverser Debatte in der ersten Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Die Linkspartei.PDS, die FDP und die NPD hatten der Überweisung des Entwurfes zur Beratung in die Ausschüsse zugestimmt.

In den letzten 17 Jahren seien dem Landtag zehn Volksinitiativen zugeleitet worden, sagte **Barbara Borchardt**, die den Entwurf für ihre Fraktion einbrachte. „Nicht ein einziges Volksbegehren wurde erfolgreich durchgeführt. Volksabstimmungen über Gesetzesentwürfe fanden bislang schon gar nicht statt“, sagte die Parlamentarierin. Deshalb fordere ihre Fraktion mit der Gesetzesänderung Vereinfachungen. So solle zum Beispiel das Verfahren der Unterschriftensammlung erleichtert werden, indem unter anderem auch die bereits während der Volksinitiative gesammelten Unterschriften angerechnet werden. „Es werden auch Rechte der Vertreter von In-

itiativen und Begehren erweitert“, sagte sie. So sollen sie dem Entwurf entsprechend ihr Anliegen in den Ausschüssen und im Plenum erörtern können. „Uns ist bewusst, dass dies nur ein erster Schritt ist“, betonte Barbara Borchardt. Langfristig müsse auch eine Änderung der Verfassung vorgenommen gefasst werden. „Die Quoren müssen herabgesetzt werden, nicht zuletzt im Hinblick auf die weitere demografische Entwicklung des Landes.“ Bei Volksbegehren sollen demnach die Unterschriften von 70.000 Stimmberechtigten ausreichen. In der Verfassung werden gegenwärtig die Unterschriften von mindestens 120.000 Wahlberechtigten für die Unterstützung von Volksbegehren gefordert. Darüber hinaus solle das Volk die Möglichkeit bekommen, den Landtag per Volksentscheid aufzulösen.

Innenminister **Lorenz Caffier** bezeichnete den Gesetzentwurf als „angestaubt“ und „unausgegoren“. Er sieht die politische Stabilität gefährdet, sollte der Entwurf umgesetzt werden. Auch die Verkürzung der Zeit, die dem Landeswahlleiter zur Prüfung der Unterschriften zur Verfügung steht, auf sechs Wochen, hält er für falsch.

Nach Ansicht von **Norbert Nieszery** (SPD) kann die Gesetzesänderung der Fraktion „rechts außen“ zugute kommen. „Wollen Sie eine Demokratie, die zur Unsicherheit beiträgt?“, fragte er die Linkspartei. Man könne nicht auf der einen Seite die Quoren senken und auf der anderen die Kompetenzen erhöhen.

Gino Leonhard (FDP) sprach sich für eine Beratung des Entwurfs in den Ausschüssen aus. „Wir sind nicht mit allen Punkten einverstanden. Aber wir wollen darüber diskutieren“, sagte er. Er ist überzeugt, dass plebiszitäre Elemente ein wirksames Mittel gegen Politikverdrossenheit sind.

„Wir sind gewählte Volksvertreter“, sagte der CDU-Abgeordnete **Dr. Henning von Storch**. Dass der Landtag aufgelöst werden kann, ist für ihn nicht akzeptabel. „Wir wollen keine Weimarer Verhältnisse“, begründete er die Ablehnung durch seine Fraktion.

Nach Ansicht von **Michael Andrejewski** (NPD) war es ein Fehler, dass es keine Volksabstimmungen zur EU-Osterweiterung und zur Einführung des Euro gegeben hat. Im Übrigen seien die Hürden für Volksbegehren so hoch gesetzt, dass ein Erfolg kaum möglich

sei. Dass der Landtag aufgelöst werden könne, begrüßte er: „So könnte man Wahlbetrüger loswerden.“



Gabriele Mestan (Linkspartei.PDS) betonte, dass die Novelle notwendig sei. Sie warnte vor einer „reinen Zuschauerdemokratie“. Sie forderte den Landtag auf, „nicht nur Erleichterungen der direkten Demokratie“ wie in anderen Bundesländern zu diskutieren, sondern das Volksabstimmungsgesetz tatsächlich zu reformieren. „Wagen wir mehr direkte Demokratie“, rief sie auf. Das werde die

Akzeptanz der Politik und vor allem das Interesse an der Politik steigern.

Stasi-Kommission

Gremium noch nicht komplett

Die Kommission des Landtages für die Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR (§ 48 Abgeordnetengesetz) ist noch nicht arbeitsfähig.

Bei der Wahl der drei Mitglieder am 13. Juni konnten nur zwei Kandidaten – Prof. Dr. Peter Kauffold und Jörn Mothes – die erforderliche Stimmenmehrheit erzielen. Johann Scheringer, der von der Linkspartei.PDS vorgeschlagen wurde und ebenso wie Kauffold und Mothes der Kommission in der 4. Wahlperiode angehörte, wurde mit 31 Ja-Stimmen nicht gewählt.

Auf Antrag der Linksfraktion wurde die Wahl nicht fortgesetzt. Die Fraktion kündigte außerdem an, keinen neuen Kandidaten aufzustellen sowie sich an einem zweiten Wahlgang nicht zu beteiligen. Unter diesen Umständen werde sie sich auch nicht an der Stasi-Überprüfung des Landtages beteiligen.

Die Überprüfung der Abgeordneten ist freiwillig. Ohne Zustimmung des betreffenden Abgeordneten kann eine Überprüfung nur dann stattfinden, wenn der Rechtsausschuss mit einer Mehrheit von drei Vierteln seiner Mitglieder das Vorliegen konkreter Anhaltspunkte für den Verdacht einer Stasi-Tätigkeit festgestellt hat.

Pflegewohnngeld

PDS-Antrag für Verlängerung abgelehnt

Die Linkspartei.PDS will sich im Landtag weiter für die Verlängerung des Pflegegelds einsetzen. Das erklärte die frühere Sozialministerin Dr. Marianne Linke am 13. Juni nach der Ablehnung eines entsprechenden Antrags ihrer Fraktion.



Mit dem Landespflegegesetz ist ihrer Ansicht nach 2004 ein modernes Landesgesetz in Kraft getreten. Allerdings war ein einkommensabhängiges Pflegegeld befristet bis zum Jahresende 2007 eingeführt worden, das Personen zugute kommt, die in stationären Einrichtungen wohnen, die ohne öffentliche Förderung errichtet wurden oder werden. In ihrem Antrag forderte die Fraktion der Linkspartei eine Fortzahlung bis mindestens Ende 2013.

Der Regierungsentwurf sieht laut Minister **Erwin Sellering** vor, das Pflegegeld weitere fünf Jahre bis 2012 fortzuführen. Mit der Leistung sollen Investitionskosten ausgeglichen werden, die Heimbewohner in unterschiedlicher Höhe zu tragen haben.

Werner Kuhn, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hält den Antrag der Linkspartei für überflüssig. „Die Landesregierung erarbeitet ja gerade einen eigenen Entwurf“, begründete er die Ablehnung.

Eine zügige Erarbeitung sei wichtig, sagte dagegen **Ralf Grabow** (FDP). Der Gesetzentwurf dürfe nicht erst als „Weihnachtsgeschenk“ vorliegen.

Stefan Köster (NPD) forderte, dass das Pflegegeld zu einer Gleichbehandlung von privaten und geförderten Einrichtungen führen müsse. „Sie wollen die Wettbewerbsverzerrung manifestieren“, warf er der Linkspartei vor. Eine Überweisung in die Ausschüsse halte seine Fraktion für sinnlos.

Jörg Heydorn (SPD) warnte vor Übereilung. „Warum drängen Sie so, Frau Linke?“, fragte er und vermutete: „Weil Sie etwas für die Galerie bei Ihrem Parteitag brauchen?“ Die Linkspartei spiele keine Vorreiterrolle bei sozialen Themen. „Wir müssen von Ihnen nicht zum Jagen getragen werden“, sagte er. SPD, CDU und NPD lehnten bei der Abstimmung die Überweisung des Linkspartei-Antrages in die Ausschüsse ab.

Filmförderung

Keine Mehrheit für FDP-Antrag

Für die Film- und Medienförderung forderte die FDP-Landtagsfraktion am 14. Juni ein „intelligentes Konzept“. Statt kurzfristig erzielbarer Gewinne und kommerzieller Großproduktionen sollte die Ideen- und Locationförderung sowie die Produktions- und Vertriebsförderung im Vordergrund stehen.

Intelligente Film- und Medienförderung könne einfacher und kostengünstiger mehr für den Bekanntheitsgrad und das Image Mecklenburg-Vorpommerns erreichen als der G8-Gipfel, sagte der kulturpolitische Sprecher der FDP, **Hans Kreher**. Das Land habe unverbrauchte Drehorte und bewährte Traditionen im Dokumentarfilm. Die Lage zwischen den Filmzentren Berlin und Hamburg biete große Chancen für Kooperationen und Netzwerke, heißt es in dem Antrag. Bislang sei in Mecklenburg-Vorpommern unter Film- und Medienförderung nur die kulturelle Förderung verstanden worden. Wirtschaftliche Aspekte seien weitgehend unberücksichtigt geblieben. Kreher erinnerte die Landesregierung an ihr Versprechen, bis zur Sommerpause 2007 ein neues Konzept zur Film- und Medienförderung vorzulegen. Bislang sei aber nur Unverbindliches bekannt geworden. Deshalb stelle die FDP nach einer internen Expertenanhörung nun ein eigenes Konzept zur Abstimmung.

Das Kultusministerium will den Filmstandort Wismar erhalten. Die Landesregierung sei dafür mit der Stadt, der Hochschule und dem Verein MV Film im Gespräch, sagte Minister **Henry Tesch** in der Debatte. Das Land habe dem Verein Fördermittel bereitgestellt, um die Insolvenz seines Trägers zu verhindern, und ihn aufgefordert, seine Arbeit klar zu beschreiben. Die Details und finanziellen Vorstellungen über den weiteren Umgang mit dem Film- und Medienbereich würden dem Landtag dargelegt werden, versprach der Mi-

nister. Die Antragsteller von der FDP-Fraktion forderte er auf, sich im Fachgremium, dem Bildungsausschuss, einzubringen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Volker Schlotmann** warnte vor übertriebenen Vorstellungen. „Wolkenkuckucksheime“ seien nicht umzusetzen. Mecklenburg-Vorpommern könne nicht als Konkurrenz zu Berlin/Brandenburg und Hamburg ausgebaut werden. Den FDP-Antrag hält er für überflüssig, weil das Bildungsministerium bereits an einem Konzept arbeite. „Wir erkennen das Engagement der FDP aber an“, sagte der SPD-Parlamentarier. „Ihre Vorstellungen werden mit berücksichtigt, wenn auch nicht in allen Punkten“.

Andreas Bluhm (Linkspartei.PDS) hob hervor, dass vor allem der Dokumentarfilm auf Förderung angewiesen sei. Das Land sollte dafür Sorge tragen, dass das Festival dokumentART in Neubrandenburg wieder in vollem Umfang in Gang komme. In der Filmförderung sollte man vor allem bei der Drehbuchförderung ansetzen. So würden auch Anreize für Produzenten entstehen, im Land Filme zu drehen. Insgesamt bestünde über die Forderungen auch im Bildungsausschuss Einvernehmen.



Die Schauspieler Katharina Thalbach und Axel Prahl gewannen beim diesjährigen Filmfest in Schwerin mit ihrer Tragikomödie „Du bist nicht allein“ den Publikumspreis.

Dank des Bildungsministeriums sei die drohende Insolvenz des MV Film e.V. verhindert worden, sagte **Jörg Vierkant** (CDU). Es liege an dem Verein, nun ein tragfähiges Konzept vorzulegen. Die „Bevorzugung eines einzelnen Vereins“ wie bisher hält er für ungerecht.

Die NPD-Fraktion hält nach den Worten von **Birger Lüssow** den Antrag der FDP ebenfalls für überflüssig.

Am Ende wurde der Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, „umgehend“ ein Konzept für Film- und Medienförderung vorzulegen, mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD genauso abgelehnt wie der Antrag, das FDP-Konzept in den Ausschüssen zu beraten.

Geschäfte können länger öffnen

Landtag beschließt Ladenöffnungsgesetz

In Mecklenburg-Vorpommern können die Geschäfte voraussichtlich ab Juli länger öffnen und damit zu Beginn der Hauptreisezeit mögliche Wettbewerbsnachteile zu benachbarten Tourismusregionen wie in Schleswig-Holstein wettmachen. Mit Stimmen der Regierungsparteien SPD und CDU beschloss der Landtag am 13. Juni das neue Ladenöffnungsgesetz. Es gab 37 Ja- und 25 Nein-Stimmen sowie eine Enthaltung. Eine der Nein-Stimmen sowie die Enthaltung kamen aus der SPD. Kritik kam von der Opposition. LandtagsNachrichten dokumentieren nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Wolfgang Waldmüller, CDU:

„Mit dem gefundenen Kompromiss einverstanden“



„Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Beschlussempfehlung ist Resultat dessen, was mit der Föderalismusreform I und der darin enthaltenen Übertragung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz für den Ladenschluss auf die Länder begann. Im Ergebnis der Beratungen der Koalitionsfraktionen liegt Ihnen heute ein Artikelgesetz zur Abstimmung vor, das wesentliche Ziele miteinander vereinbart. Die Ausführlichkeit haben wir gerade gehört, deswegen werde ich darauf nicht näher eingehen.

Erstens wird mit dieser Neuregelung der Ladenöffnungszeiten eine Flexibilisierung der Rahmenbedingungen für den gewerblichen Warenverkauf erreicht.

Zweitens werden die sozialen Belange der Arbeitnehmer in unserem Land gesichert. Und drittens wird bei aller zugelassenen Flexibilisierung auch der Sonn- und Feiertagschutz angemessen berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, künftig wird es also, wenn Sie dem Gesetzesentwurf so zu-

stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern möglich sein, Montag bis Freitag ohne zeitliche Begrenzung und am Samstag 00.00 Uhr bis 22.00 Uhr die Geschäfte zu öffnen oder auch nicht. Und die Betonung liegt auf „oder auch nicht“, denn ein wesentliches Ziel dieses Gesetzesentwurfes ist es, die Verantwortung der Entscheidung, zu öffnen oder geschlossen zu haben, nicht mehr seitens des Staates vorzugeben, sondern dass dies einzig und allein vom Unternehmer selbst entschieden werden kann. Die Flexibilisierung trägt auch Rechnung, dass künftig an vier Samstagen im Jahr der gewerbliche Verkauf über die Zeit von 22.00 Uhr, nämlich bis 24.00 Uhr, unbürokratisch möglich ist. Hier reicht künftig eine einfache Anzeige beim zuständigen Gewerbeamt.

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Anliegen des heute zu beschließenden Gesetzesentwurfes war es, die bisher geltende Bäderregelung auf eine sichere Rechtsgrundlage zu stellen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das geschieht mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf. Danach kann künftig das zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium durch Rechtsverordnung bestimmen, dass und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen in den Bäder- und Fremdenverkehrsordnungen an Sonntagen, die keine gesetzlichen Feiertage sind, der gewerbliche Verkauf zugelassen werden darf.

Eine für uns im Land neuartige Regelung – Herr Schulte hatte das gesagt – wurde auch für das Grenzland gefunden, wo die schleswig-holsteinische Regelung als Vorbild genommen wurde. Demnach ist künftig der Verkauf an Sonntagen, die keine Feiertage sind, in Gemeinden möglich, deren Gebiet in einer Entfernung von nicht mehr als 15 Kilometer zur nächstgelegenen Grenzübergangsstelle zur Republik Polen gelegen ist.

Ich möchte an dieser Stelle keinen Hehl daraus machen, dass, glaube ich, wir uns alle letztendlich ein weniger umfangreiches Gesetz gewünscht hätten. Andererseits bin ich aber mit dem gefundenen Kompromiss als wirtschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion sehr einverstanden. Wir erreichen eine völlige Flexibilisierung an fünf Werktagen, ein hohes Maß an Deregulierung am Wochenende und auch, was wichtig war, dass wir im Wettbewerbsvergleich zu unseren Nachbarbundesländern jetzt auf Augenhöhe stehen. Das heißt, diese Ziele Flexibilisierung, Deregulierung und Wettbewerbsgleichheit sind mit diesem Gesetz erfüllt. Das waren die Hauptziele. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion um Zustimmung. – Herzlichen Dank.“

Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:

„Kein Beitrag zu Deregulierung und Flexibilisierung“



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie von der Koalition wollen heute die Debatte über das Ladenöffnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern beenden und den wesentlich veränderten Gesetzentwurf heute hier verabschieden. Wir wollen das nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

weil wir deutlich mehr Beratungsbedarf nach den Änderungen, die Sie in den Gesetzentwurf eingebracht haben, sehen. Die Mehrheit der Bundesländer hat bereits Neuregelungen zu Ladenöffnungszeiten getroffen [...] Darauf gibt es unterschiedliche Reaktionen. Wenn ich jetzt einige Zitate vortrage, dann können Sie diese nachlesen im „Nord-Handwerk“, Ausgabe April 2007: Ein Fleischermeister aus Ludwigslust sagte: „Für kleine Fleischergeschäfte kann das tödlich werden. Einige wenige in touristischen 1-a-Lagen können vielleicht profitieren, die anderen werden sich den notwendigen Mehreinsatz von Personal und Energie gar nicht leisten können.“ Eine andere Händlerin aus unserer Landeshauptstadt Schwerin sagte: „Als Familienbetrieb sind längere Öffnungszeiten in diesem Umfang nicht umsetzbar. [...] Wir gehen damit natürlich das Risiko ein, dass Umsatz in die Center abwandert, denn jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.“ [...] Und eine Inhaberin aus Wismar erklärte: „Wir Selbstständige und unsere Mitarbeiter brauchen auch mal Ruhe und Zeit für die Familie, für Privates [...] Ich sehe mein Kind jetzt schon viel zu wenig.“ [...] Diese Befürchtungen sind in den anderen Bundeslän-

dern bereits vielfach im Alltag bestätigt worden [...] Deswegen brauchen wir ein solches Gesetz, wie Sie hier vorgeschlagen haben, in dieser Form überhaupt nicht [...] über diese Öffnungsmöglichkeiten wird der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel noch größer werden, als er jetzt bereits ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist so. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Deswegen schlagen wir mit unseren Änderungsanträgen unter anderem vor, die Öffnungszeiten eben nicht rund um die Uhr zu ermöglichen, sondern werktags von 06.00 Uhr bis 22.00 Uhr zu öffnen und am Samstag tatsächlich bis 20.00 Uhr – vollkommen ausreichend –,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

damit auch Zeit für die Familie und für die Kinder bleibt.

(Beifall Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

[...] ich bedaure, dass die Regelungen zum Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz der Tatsache geschuldet sind, dass rund um die Uhr von montags bis freitags geöffnet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Mit dem Gesetz, welches Sie wesentlich verändert haben, sind Sie von Ihrem eigenen Anspruch, einen Beitrag zur Deregulierung und Flexibilisierung vorzulegen, weit, weit weg

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist richtig.)

und von einem schlanken Gesetz, meine Damen und Herren von der Koalition, kann man nun wahrlich nicht mehr reden. Davon sind Sie meilenweit entfernt.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

[...] Es ist wichtig, dass Familien mit Kindern die Chance haben, ihre Kinder am Abend zu betreuen. Und deswegen wollen wir die Freistellung von solchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Kinder haben, dass sie nach 18.00 Uhr tatsächlich freigestellt werden, um sich der Kinderbetreuung zu widmen [...] Ich möchte hier namens meiner Fraktion beantragen, dass dieser Gesetzentwurf erneut in den Wirtschaftsausschuss und in den Innen- und Sozialausschuss überwiesen wird, zusätzlich in den Finanzausschuss, und dass nach einer erneuten Beratung eine Dritte Lesung im Landtag Mecklenburg-Vorpommern erfolgt. – Danke für die Aufmerksamkeit.“

Das Ladenöffnungsgesetz im Internet:
www.mv-regierung.de/laris

Michael Rooff, FDP:
„Chaos statt Deregulierung“



„[...] erstaunlich, dass Regierungsfractionen einen Gesetzentwurf ins Parlament einbringen, den sie selber an 80 Stellen anschließend ändern.

(Beifall Hans Kreher, FDP)

Das hatten wir uns anders vorgestellt, nämlich dass man erst überlegt, dann [...] ein wenig nachnovelliert [...] Herr Minister Seidel, [...] ich gehe davon aus, dass Sie mit dem heutigen Tag auch nicht besonders glücklich sind,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Hans Kreher, FDP)

[...] Heute gibt es ein Gesetz [...] für das wir keine Koalitionsveränderung gebraucht hätten. [...] das Gesetz hätte man auch unter Rot-Rot machen können.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –

Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

[...] ein Gesetz, [...] was für eine wirkliche Neuausrichtung, für eine Deregulierung, für eine wirtschaftsfreundliche Neustrukturierung [...] keine Akzente setzt [...]

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

[...] wir werden hier mit einem Gesetz konfrontiert, was [...] Chaos [...] ausrichten wird. Sowohl auf der Arbeitnehmerseite als auch auf der Arbeitgeberseite haben wir allein mit den 29 Ordnungswidrigkeiten ein Gesetz [...] was wir [...] nicht unter Kontrolle haben werden [...]

(Beifall Hans Kreher, FDP, und Gino Leonhard, FDP)

[...] Wir freuen uns [...], dass wir aus unserem ersten Änderungsantrag, der ja [...] abgelehnt worden ist, zumindest eine Präambel wiederfinden, wir finden eine Grenzlandregelung wieder

(Heiterkeit bei Gabriele Mestan,

Die Linkspartei.PDS, und

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

[...] und wir finden [...] einige Dinge, die wir dort angestrebt haben, wieder. [...] auf der anderen Seite sehen wir dieses heute vorliegende Gesetz als nicht mehr änderungswürdig an. Deshalb werden wir [...] konsequent Ihren Gesetzentwurf ablehnen, [...] Wir werden einem einzigen Änderungsantrag von Ihnen, Herr Holter, [...] zustimmen. [...] mit der Befristung.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Da haben wir noch eine Gemeinsamkeit.)

[...] Wir bleiben bei unserem Gesetzentwurf und bitten Sie [...] unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. [...]"

Ladenöffnung in M-V

Ladenöffnung Montag bis Freitag ohne zeitliche Beschränkung, Samstag von 0 bis 22 Uhr möglich. Aus besonderem Anlass ist an vier Samstagen im Jahr, die keine gesetzlichen Feiertage sind, eine Ladenöffnung bis 24 Uhr zulässig, wobei der Verkaufszeitraum außerhalb der Hauptzeiten der Gottesdienste liegen muss. Die Sonntagsöffnung gilt nicht an Sonntagen des Monats Dezember mit Ausnahme des ersten Advents.

So machen´s die Nachbarn

Schleswig-Holstein

Ladenöffnung Montag bis Samstag rund um die Uhr möglich. Zusätzlich an vier Sonn- oder Feiertagen im Jahr – ausgenommen die Adventszeit, Ostern und Pfingsten.

Hamburg

Ladenöffnung Montag bis Samstag rund um die Uhr möglich. Zusätzlich an jährlich höchstens vier Sonntagen, aber nicht länger als fünf zusammenhängende Stunden. Die Sonntagsöffnung muss spätestens um 18 Uhr enden und soll außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes liegen. Sonntage im Dezember, Adventssonntage, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Volkstrauertag, Totensonntag sowie Feiertage dürfen nicht freigegeben werden.

Brandenburg

Ladenöffnung Montag bis Samstag rund um die Uhr erlaubt. Zusätzlich kann jährlich an insgesamt sechs Sonntagen, auch an allen vier Adventssonntagen, geöffnet werden.

Berlin

Ladenöffnung Montag bis Samstag rund um die Uhr erlaubt. Zusätzlich vier verkaufs-offene Sonntage möglich. An Adventssonntagen von 13 bis 20 Uhr erlaubt. Der 1. Januar, der 1. Mai, Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Volkstrauertag, Totensonntag und die Feiertage im Dezember sind hiervon ausgenommen. Bei besonderen Ereignissen dürfen Verkaufsstellen an jährlich höchstens zwei weiteren Sonn- oder Feiertagen von 13 bis 20 Uhr öffnen.

Niedersachsen

Ladenöffnung Montag bis Samstag ohne zeitliche Beschränkung möglich. Zusätzlich an maximal vier Sonn- und Feiertagen und höchstens für die Dauer von fünf Stunden. Ausgenommen Karfreitag, Ostersonntag und Ostermontag, Himmelfahrt, Pfingstsonntag und Pfingstmontag, Volkstrauertag und Totensonntag sowie die Adventssonntage und erster und zweiter Weihnachtsfeiertag.

Sachsen-Anhalt

Ladenöffnung Montag bis Freitag rund um die Uhr möglich. Sonnabends bis 20 Uhr. Zusätzlich vier verkaufsoffene Sonntage möglich.

Udo Pastörs, NPD:

„Handlungsbedarf ist überhaupt nicht gegeben“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der moderne Kapitalismus kennt keine Werte jenseits von Angebot und Nachfrage [...] Der Mensch spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.' Dieses Zitat ist nicht einer modernen NPD-Propagandaschrift entlehnt, wie Sie vielleicht vermuten könnten, nein, dies schreibt der ehemalige Generalsekretär der CDU Heiner Geißler in seiner Streitschrift: „Was würde Jesus heute sagen?“ [...]

Ja, meine Herrschaften: ‚Die Interessen der Menschen sind wichtiger als die Interessen des Kapitals‘. Dieses Zitat stammt aus einer NPD-Broschüre der 80er Jahre und deckt sich mit einem weiteren Zitat von Heiner Geißler.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Da wird er sich aber freuen!)

Zitat: ‚Die Interessen der Menschen sind wichtiger als die [...] des Kapitals.‘

[...] Nur wenn die Läden länger geöffnet seien, könne auch mehr Umsatz gemacht werden, das Credo der neoliberalen Propagandisten, zum Beispiel der FDP.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

[...] Nicht die geöffnete Ladentür bringt den Umsatz, dazu bedarf es vor allem einer Kaufkraft. Sorgen Sie von der SPD, CDU erst einmal dafür, dass die Menschen Arbeit bekommen, [...] damit sie hier im Land bleiben, denn erst dann kann unsere Jugend auch hier Familien gründen, [...] – erst dann werden die Menschen auch den Einzelhandel beleben.

[...] Die NPD-Fraktion kann überhaupt kein Bedürfnis der Verbraucher nach längeren Ladenöffnungszeiten erkennen. Ein Handlungsbedarf ist also überhaupt nicht gegeben. Die geltenden Bestimmungen reichen vollkommen aus. [...]

Wir lehnen deshalb den vorliegenden Gesetzentwurf von CDU und SPD ebenso wie den der Fraktion der FDP ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.“

Minister Jürgen Seidel:

„Der Gesetzentwurf von SPD und CDU ist sehr ausgewogen“



„[...] Nachdem nun alle Bundesländer bis auf Bayern von ihrer Zuständigkeit Gebrauch gemacht haben, die sie mit der Föderalismusentscheidung übertragen bekommen haben, *(Hans Kreher, FDP: Sehr spät.)*

Ladenöffnungsgesetze zu erlassen, haben wir auch mit diesem Gesetz jetzt in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, flexible und bedarfsgerechte Einkaufsregelungen zu gestalten. [...] Damit ist ein tragfähiger Kom-

promiss für den Einzelhandel, aber auch für die Beschäftigten gefunden worden. Dies hat natürlich für unser Land eine große Bedeutung, wenn man bedenkt, dass annähernd 46.200 Menschen bei uns im Einzelhandel beschäftigt sind. [...]

Die wesentlichen Kernpunkte dieses Gesetzes sind eine Öffnung an den Werktagen von Montag bis Freitag 00.00 bis 24.00 Uhr und Samstag von 00.00 bis 22.00 Uhr – als Möglichkeit, um das noch mal ganz klar zu betonen. Daneben streben wir eine Bäder- und Fremdenverkehrsregelung an, die eine Öffnung an den Sonntagen in Kur- und Erholungsorten sowie anerkannten Ausflugsorten und Ortsteilen mit besonders starkem Fremdenverkehr ermöglichen soll. Ich denke, es ist wichtig festzustellen, dass der Erlass der Bäderregelung rechtssicher durch eine Verordnungsermächtigung im Gesetz gewährleistet ist. [...]

Und deswegen, meine Damen und Herren, will ich noch einmal hervorheben, und das erscheint mir besonders wichtig, dass wir eben mit den Kernaussagen, und das sind die Öffnungszeiten, ähnliche Rahmenbedingungen haben wie die Nachbarländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg und Berlin. [...]

Ich glaube, dass noch einmal unterstrichen werden muss, dass es eben wirklich wichtig ist, dass diejenigen entscheiden über die Öffnungszeiten, die am Ende davon auch direkt betroffen sind, und das sind die Unternehmerinnen und Unternehmer. [...]

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Gesichtspunkt, den wir noch einmal einer kritischen Wertung und Würdigung unterzogen haben, ist die Sonntagsöffnung. Nach dem Grundgesetz sowie der Verfassung unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern bleiben der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe gesetzlich geschützt. Dem Sonn- und Feiertagschutz

kommt daher im Ladenöffnungsgesetz eine besondere Bedeutung zu. Das findet nicht nur in der Präambel seinen Niederschlag, sondern ist auch ein Grund dafür, weshalb wir in Paragraf 6 die Anzahl von ursprünglich acht Sonntagen auf nur vier Sonntage, die keine gesetzlichen Feiertage sind, ermäßigt haben. [...]

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Der Gesetzentwurf eines Ladenöffnungsgesetzes der Fraktionen von SPD und CDU ist sehr ausgewogen und [...] wir stufen den Umsatz nicht über die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, die von den Auswirkungen einer eventuell veränderten oder verlängerten Ladenöffnung betroffen sein könnten.

Und, Herr Roolf, das ist der Unterschied zwischen der sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und der liberalen Marktwirtschaft, die Sie wahrscheinlich etwas stärker vertreten. Da werden Sie sich auch immer gefallen lassen müssen, dass wir solche

Unterschiede hier und da mal herausheben. Denn gerade, wenn wir es mit Familienpolitik ernst meinen, müssen natürlich auch Familien die Möglichkeit haben, entsprechend gemeinsame Freizeit zu verbringen und ihr Familienleben zu gestalten. [...]

Wir registrieren insgesamt 61,8 Millionen Tagesausflugsreisende nach Mecklenburg-Vorpommern. Die spielen natürlich eine große Rolle, wenn wir über Ladenöffnung in unserem Land reden. Das macht nämlich am Ende mehr als 1 Milliarde Euro Umsatzvolumen für den Handel bisher schon aus. Insofern ist für uns als Urlaubsland der Shoppingtourismus ein Wachstumssegment, das es kräftiger als bisher zu nutzen gilt [...]

Wir brauchen in der Summe eigentlich gar nicht so viel mehr Öffnungszeiten, sondern wir brauchen die Flexibilität, wir brauchen mehr Möglichkeiten, die Öffnungszeiten in den Unternehmen, in den Regionen unterschiedlich gestalten zu können, um Kundenwünschen und auch Wünschen unserer Gäste gerecht zu werden. [...]"

Jochen Schulte, SPD:

„Gelungener Kompromiss“



[...] Jetzt bin ich hier nicht mehr als Ausschussvorsitzender, jetzt bin ich hier als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. [...]

Ich habe das damals im Rahmen der Ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes hier gesagt, dass es meiner Fraktion, mir persönlich auch, insbesondere auch um die Rechte der Ar-

beitnehmer und um den Schutz der Arbeitnehmer geht. [...]

[...] Natürlich ist es richtig, dass wir den Arbeitnehmerinteressen ein ganz besonders Gewicht beigemessen haben. Und wenn ich mir den Gesetzestext nehme – und da komme ich jetzt auch einmal zu der Überlegung mit den vielen Änderungsanträgen –, dann

haben wir natürlich qualitative und quantitative Änderungen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes. Da, das geben Sie zu, sind Sie vielleicht nicht mit dem Umfang zufrieden, aber Sie sagen zumindest, dass das der richtige Schritt in die richtige Richtung ist. Das sind alleine, ich glaube, wenn ich das richtig durchgezählt habe, knapp zehn Änderungen. Wir können die natürlich streichen. Wir wollen es nicht, aber ...

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Wir haben das Arbeitszeitgesetz genommen.)

Herr Kollege Holter, Sie wissen es doch besser, dass die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes und des bisherigen Ladenöffnungsgesetzes des Bundes hinter dem zurückbleiben, was wir da geregelt haben. Und Herr Kollege Roolf hat es doch in der Öffentlichkeit auch beklagt, wir hätten angeblich in die Tarifautonomie eingegriffen. Das ist zwar, entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage, ...

(Michael Roolf, FDP: Das hat Herr Holter gesagt.)

Hat das Herr Holter gesagt, dass wir in die Tarifautonomie eingegriffen haben?

(Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

[...] Das ist natürlich nicht zutreffend. Es gibt an keiner Stelle dieses Gesetzentwurfes tatsächlich einen Eingriff in die Tarifautonomie. Dass wir, die SPD-Fraktion, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner für die Vielzahl der Beschäftigten in diesem Land, die gerade nicht einem Tarifvertrag unterliegen – und das ist ungefähr die Hälfte aller Beschäftigte im Einzelhandel –, dass wir gewollt haben, dass sie auch unter bestimmte Schutzregelungen fallen, dass sie Ausgleichszahlungen bekommen beziehungsweise Freizeitgestaltung dafür bekommen können, wollen Sie das allen Ernstes der Regierungskoalition zum Vorwurf machen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:

Wir werden dem Paragrafen 7 zustimmen.

– Dr. Wolfgang Methling,

Die Linkspartei.PDS:

Ja, das hätten Sie nicht gedacht. –

Heiterkeit bei Gabriele Mestan,

Die Linkspartei.PDS:

Das hätten Sie nicht erwartet.)

[...] Das vorliegende Gesetz ist, und ich möchte das noch einmal wiederholen, aus Sicht der SPD-Fraktion ein gelungener Kompromiss. [...]

Wir sind uns also darüber einig, meine Damen und Herren, dass wir eine Regelung treffen wollten. Wir sind uns darüber einig, zumindest offensichtlich mit Ihnen, meine Damen und Herren von der PDS, mit Ihnen, Herr

Kollege Rooff vielleicht nicht ganz so, dass die Arbeitnehmerrechte in diesem Gesetzentwurf im Vergleich zur ursprünglichen Fassung verbessert worden sind.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist richtig.)

[...] Jetzt komme ich einmal zu den Tatsachen in anderen Bundesländern. Wie sieht es denn tatsächlich aus – um auch mal ein bisschen auf Ihre Befürchtungen einzugehen –, wie sieht es denn tatsächlich aus? Ich habe das schon in der ersten Landtagsdebatte gesagt: Gehen Sie nach Hamburg, gehen Sie nach Berlin! Letzte Woche war ein langer Artikel in der FAZ, kann ich nur empfehlen, über die Situation in Frankfurt. Da ist die Kaufkraft allemal größer als in Mecklenburg-Vorpommern, auch wenn ich das bedaure. In der Frankfurter Zeil, mitten in der Innenstadt, Fußgängerzone, ist es so, da schließen die meisten Geschäfte zwischen 19.00 und 20.00 Uhr, einige wenige haben bis 21.00 Uhr auf.

(Dr. Wolfgang Methling,

Die Linkspartei.PDS: Ein Skandal ist das.)

Gehen Sie nach Frankfurt und sagen Sie es dort, dass das ein Skandal ist!

Das nur mal zu der Situation, wie sich das tatsächlich entwickeln wird. Und natürlich hätte man unter diesem Gesichtspunkt auch noch überlegen können, welche Regelungen zu Sicherheitsvorkehrungen bei Ladenöffnungszeiten, sagen wir mal zwischen 23.00 und 24.00 Uhr, eingesetzt werden können. Sie haben Recht, Herr Kollege Holter, dass

man auch darüber nachdenken muss, und wir haben das in den Koalitionsfraktionen bei der Frage, wie sich das möglicherweise auf die ÖPNV-Nutzung auswirkt, getan. Aber wir haben ganz klar gesagt, und das ist auch ein Diskussionsprozess innerhalb der Koalitionsfraktionen gewesen, wir wollen dieses Gesetz, alleine weil die Möglichkeit bestehen könnte – anders, als es in allen anderen Bundesländern offensichtlich der Fall ist –, dass die Gewerbetreibenden hier in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig zwischen 20.00 und 24.00 Uhr oder zwischen 00.00 und 06.00 Uhr ihre Geschäfte öffnen, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit entsprechenden Regelungen überfrachten. [...]

[...] Herr Kollege Rooff hat ja schon die besondere Nähe dieses Gesetzentwurfes zu den Gewerkschaften in diesem Lande angesprochen. Ich freue mich, Herr Kollege Rooff, dass Sie das so sehen. Wir müssen mal sehen, ob das dann anderweitig auch so beurteilt wird. Wobei ich davon ausgehe, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, die SPD hat im Rahmen dieses Diskussionsprozesses genauso intensiv und genauso deutlich die Argumente der Gewerbetreibenden, der Kammern, der Verbände gehört und die sind entsprechend in diesen Gesetzestext eingeflossen.

(Michael Rooff, FDP:

Eben nicht, eben nicht.)

Dass Sie das nicht so sehen wollen, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Aber jetzt komme ich noch mal zu dem Punkt mit der Befristung und den Arbeitnehmerschutzregelungen. Es ging doch schon in dem Moment, wo deutlich wurde, dass entsprechende Regelungen hier gefasst werden, die Diskussion los, ob man das nicht vielleicht wieder zurückdrehen könnte. Diese Diskussion, da bin ich ganz ehrlich, muss man nicht dadurch befördern, dass man jetzt sagt, spätestens 2010, oder 2010 wird über diesen gesamten Gesetzentwurf beraten, nämlich dann auch inklusive der Frage, wie schütze ich die Beschäftigten im Einzelhandel, wenn es tatsächlich erforderlich ist. Ob es erforderlich wird, das ist noch eine ganz andere Frage. Da verweise ich nur auf die Erfahrungen in anderen Bundesländern. [...]"



Die Normalität deutsch-polnischer Begegnungen

V. Parlamentsforum
Südliche Ostsee in Gdynia

Vom 20. bis 22. Mai fand in Gdynia auf Einladung von Prof. Brunon Synak, dem Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, das fünfte „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ statt. In Plenarvorträgen und drei Arbeitsgruppen wurden die Themen einer integrierten Europäischen Meerespolitik, des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt sowie der umweltfreundlichen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung gemeinsam mit Experten aus den beteiligten Regionen vertieft.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – darunter sieben Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, vier Sachverständige aus den Hochschulen und aus der Wirtschaft des Landes sowie vier Jugendliche – waren sich einig, dass die Ostsee als Pilotregion für die Vereinbarkeit einer wettbewerbsfähigen maritimen Wirtschaft mit einem wirksamen Schutz der marinen Ökosysteme zu profilieren und bis zum Jahr 2015 als maritime Modellregion Europas weiter zu entwickeln ist. Die Konferenz forderte unter anderem die Einsetzung einer ostseeweiten „Task Force maritime



Die Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern bei der Konferenz des „Parlamentsforums südliche Ostsee“ in Gdynia.

Politik“. Außerdem wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die maritime Sicherheit auf hohem Niveau durch den Einsatz innovativer Navigationstechniken weiter zu gewährleisten. Hier kann das europäische Satellitennavigationssystem GALILEO in Verbindung mit dem Erdbeobachtungs- und Überwachungssystem GMES eine neue Qualität bringen. Mit diesem Thema konnten die Arbeit und der Ansatz des Forschungshafens Rostock in die gemeinsame Resolution eingebettet werden. Dem Ziel der Europäischen Union, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch signifikant zu erhöhen, wurde durch das Forum zugestimmt. Auch in Bezug auf die erneuerbaren Energien könne die südliche Ostsee zu einer Modellregion für ganz Europa entwickelt werden, wie der Präsident der IHK zu Schwerin, Jörgen Thiele, in seinem Expertenvortrag betonte. Vor diesem Hintergrund wur-

de Mecklenburg-Vorpommern mit der Federführung einer neu eingesetzten parlamentarischen Arbeitsgruppe betraut. Die Delegationsleiterin, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, betonte nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Resolution: „Ein schöner Erfolg für uns als Land und ein Fortschritt auf wichtigen Politikfeldern. Besonders freut mich, dass wir in unserem Parlamentsforum eine Normalität in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit erreicht haben, die im größeren Zusammenhang augenscheinlich noch nicht selbstverständlich ist.“

Im Parlamentsforum Südliche Ostsee arbeiten Parlamentarier aus Pommern, Westpommern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam an der Profilierung der südlichen Ostseeregion. Die Kaliningrader Gebietsduma und das Regionalparlament Schonen arbeiten als assoziierte Partner mit.



Eric Lingner

Interessante Diskussionen, Forderungen und Wünsche konnten wir von der V. Konferenz des „Parlamentsforums Südliche Ostsee“ in Gdynia mitnehmen. Wir – das sind Antje Horn aus Greifswald, Lisa Prange aus Rostock, Sebastian Gillwald aus Lalendorf und ich. Als Jugendvertreter hatte uns der Landtag zu dieser Konferenz eingeladen. Zusammen mit 15 anderen Jugendlichen aus Pommern, Westpommern und Schleswig-Holstein konnten wir an allen Veranstaltungen teilnehmen und uns mit den Abgeordneten und Vertretern der einzelnen Regionen austauschen. Bei einem Einführungstreffen mit den jugend-

lichen Teilnehmern am ersten Abend standen die Geschichte und Ziele des Parlamentsforums, aktuelle Probleme der Jugendpolitik sowie kaschubische Traditionen auf der Agenda. Bis spät in die Nacht wurde über die Erfahrungen aus den einzelnen Regionen diskutiert.

Am nächsten Tag gab es Workshops und Präsentationen zu Themen wie dem kulturellen Erbe in der Ostseeregion, maritime Wirtschaft und erneuerbare Energien. Experten hielten Referate, während hinter den Kulissen an einer Resolution für die weitere Kooperation gearbeitet wurde. Kritisch anzumerken ist, dass die Zeit für Diskussionen aufgrund der Vielzahl der Expertenreferate sehr knapp bemessen war, so dass sich kein richtiger Dialog um die Sachthemen entfalten konnte. Auch wünschten wir uns, dass die Politiker mehr das Gespräch suchen und offener auf die jugendlichen Teilnehmer zugehen. Größtenteils ging die Initiative für Gespräche von uns aus.

Insgesamt war die Teilnahme ein Erfolg, und die Wojewodschaft Pommern verstand es, sich gut zu präsentieren. Gerade in Bezug auf das Thema kulturelles Erbe gab es nicht nur Referate, sondern auch Anschauliches: ob ein spannender Abend im kaschubischen Kulturzentrum in Szymbark oder das Treffen mit studentischen Mitgliedern einer kaschubischen Jugendorganisation. Das Parlamentsforum hat uns nicht nur die politischen Sachthemen nähergebracht, sondern auch ein Stück die Region Pommern. Den krönenden Abschluss bildete eine interessante Diskussion über die aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen bei einem Abendessen zusammen mit der deutschen Generalkonsulin Ute Minke-Koenig und Vertretern der Landtagsverwaltung.

Eric Lingner

Student der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (Politikwissenschaften, Anglistik)

Gemeinsam für die Ostseeregion

Maritime Politik der norddeutschen Parlamente

Die „Integrierte Maritime Politik in der Ostseeregion“ ist einer der thematischen Schwerpunkte der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), die am 27. und 28. August in Berlin stattfinden wird. Zur inhaltlichen Vorbereitung dieser Konferenz hatten die vier norddeutschen Parlamente sowie der Deutsche Bundestag erstmals gemeinsam einen Workshop und einen Parlamentarischen Abend in Berlin initiiert. Ein weiteres Ziel war, die Bundespolitik stärker für die besonderen Belange der Ostseeregion zu sensibilisieren.



v. l. Martin Kayenburg, Schleswig-Holstein; Sylvia Bretschneider, Mecklenburg-Vorpommern; Berndt Röder, Hamburg; Rainer Oellerich, Bremen; Dagmar Wöhrl, MdB und Parl. Staatssekretärin; Eckhardt Rehberg, MdB.

Rund 200 Interessierte nahmen am 11. Juni am Workshop sowie am Parlamentarischen Abend in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund teil. In ihrer Begrüßung hob Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hervor, dass das Maritime und die maritime Politik die ökonomische, soziale und gesellschaftliche Entwicklung der gesamten Bundesrepublik Deutschland mit prägen; viel mehr, als den meisten Menschen überhaupt bewusst sei. Insofern unterstütze sie die Vision, die Ostsee zu einer „Maritimen Modellregion“ im Sinne der Verwirklichung eines integrativen europäischen Meeresspolitikansatzes zu entwickeln. Für die Verbesserung der Schiffssicherheit schlug sie vor, verstärkt innovative Navigationstechniken anzuwenden.

Zu Beginn des Workshops berichteten Parlamentsvertreter über die bisher geleistete Ar-

beit in den Parlamenten und ihren Fachgremien. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich bisher mit rund 135 meerespezifischen Vorlagen befasst und damit gezeigt, dass er diesen Politikbereich als einen der Schwerpunkte seiner Arbeit sieht. Als Koordinatorin der Bundesregierung für maritime Wirtschaft stellte die Parlamentarische Staatssekretärin Dagmar Wöhrl die Schwerpunkte und Ziele der Bundesregierung in diesem Bereich vor.

Im Anschluss referierten Experten aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein über die Ostseehäfen als Schnittstellen zwischen Seeverkehr und Hinterland, die Finanzierung von Häfen im europäischen Vergleich, die Bedeutung der maritimen Wirtschaft sowie Ausbildung für Arbeitsplätze und letztlich über Möglichkeiten des angewandten Umweltschutzes in der Seefahrt. Besonderes Augenmerk richteten

die Teilnehmer auf die öffentliche Wahrnehmung der maritimen Politik in den Medien, da konstatiert wurde, dass diesem Bereich in all seinen Facetten nach wie vor zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Als amtierender Vorsitzender der Ostseeparlamentarierkonferenz erläuterte der Parlamentarischer Staatssekretär im Bundessozialministerium Franz Thönnies, mit Blick auf den Konsultationsprozess zum Grünbuch der

Europäischen Kommission, die mit der diesjährigen Konferenz verbundenen Ziele. Bundesverkehrsminister a. D. Kurt Bodewig stellte Grundsätze und zukunftsweisende Maßnahmen für eine sichere Energieversorgung in der Ostseeregion dar.

Arbeitstreffen

BSPC-Arbeitsebene tagte in Schwerin

Zur Vorbereitung der Sitzung des Erweiterten Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) fand 4./5. Juni ein Treffen der politischen Arbeitsebene im Landtag Mecklenburg-Vorpommern statt.

Beratungsschwerpunkte waren die Evaluation der Arbeitsergebnisse der BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ hinsichtlich politischer Handlungsempfehlungen für den Resolutionsentwurf der nächsten Jahreskonferenz in Berlin, deren Programm sowie interne Angelegenheiten.

Im Fokus der diesjährigen Resolution sollen neben Energie- und Arbeitsmarktsfragen Empfehlungen für eine Integrierte Maritime Politik der Europäischen Union stehen. Damit will sich die BSPC in Brüssel einbringen. Die Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein hatten in diesem Zusammenhang den Vorschlag unterbreitet, die Ostseeregion zu einer maritimen Modellregion in Europa zu entwickeln. Dabei sollen Clean-Ship- und Clean-Port-Projekte als wichtige Bausteine für einen umweltverträglichen Seeverkehr fungieren.

Des Weiteren stand die Bildung einer neuen Arbeitsgruppe zur Diskussion, die unter schwedischer Federführung die Themen Energie und Klimawandel aufgreifen und vor dem Hintergrund der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskussion Handlungsempfehlungen entwickeln soll.

BSPC

Seit 1991 unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Konferenz setzt sich aus Vertretern nationaler sowie regionaler Parlamente zusammen. Als repräsentatives Gremium dient die Konferenz der Stärkung der gemeinsamen Identität des Ostseeraumes durch eine enge Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit, der Einleitung und Begleitung politischer Maßnahmen, die zusätzliche demokratische Legitimität und Befugnisse verleihen, der Förderung der Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen – insbesondere mit dem Ostseerat – und dient als Forum für Diskussionen und den Informationsaustausch zwischen Parlamenten sowie anderen Gremien und Organisationen auf internationaler und interregionaler Ebene. Im Jahr 2002 wurde der Konferenz der Beobachterstatus bei der Helsinki-Kommission zuerkannt.
www.bspc.net

Öffentliche Anhörungen

Enquete-Kommission befragt Kommunen

Die Enquete-Kommission des Landtages hat Ende Juni mit ihren öffentlichen Anhörungen zum Thema Stadt-Umland-Beziehungen der kreisfreien Städte des Landes und ihrer Umlandgemeinden begonnen.

In den Anhörungen sollen die Probleme zwischen Stadt und Umland herausgearbeitet und mögliche Lösungsansätze ermittelt werden. Hierzu befragt die Kommission die kreisfreien Städte, die dazugehörigen Umlandgemeinden und Ämter, die umliegenden Landkreise, sowie Behörden, Verbände, Vereine und andere Gremien wie beispielsweise die Industrie- und Handelskammern, den Landesrechnungshof, Entsorgungs- und Verkehrsbetriebe, Regionale Planungsverbände, Tourismusverband und Einzelhandelsverband, zu den aus ihrer Sicht bestehenden Stadt-Umland-Problemen dieses Zentrums. Start für die Anhörungstaffel war am 29. Juni mit der Stadt Wismar. Am 6. Juli, 14. September, 5. und 12. Oktober sowie am 2. November dieses Jahres werden die Anhörungen der Städte Rostock, Schwerin, Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg folgen. Neben den Anhörungen holt die Kommission schriftliche Stellungnahmen vieler weiterer Gremien und Interessenverbände ein.

Die Anhörungen finden im Plenarsaal des Landtages im Schweriner Schloss statt. Sie sind öffentlich und können von jedem Interessierten auf der Gästetribüne verfolgt werden. Besucher können sich hierzu beim Besucherdienst des Landtages (Telefon 0385-525-2183 oder oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de) anmelden

Enquete-Kommission

Der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gehören zwölf Abgeordnete sowie neun von den Fraktionen benannte Kommunalexperthen an. Die Kommission untersucht und analysiert zur Vorbereitung gesetzlicher Regelungen und anderer im Landtag zu treffender Entscheidungen Lösungsmöglichkeiten zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Erfahrungsaustausch

Delegation aus China im Landtag

Zu einem regen Erfahrungsaustausch trafen sich am 30. Mai Vertreter des Petitionsausschusses des Landtages und der Bürgerbeauftragte des Landes mit einer Delegation des Kontrolllyuans der Republik China auf Taiwan.

Die Vertreter aus Taipeh waren sehr interessiert an der Arbeitsweise und den Befugnissen der beiden parlamentarischen Beschwerdestellen des Landes. Neben den allgemeinen Fragen zu den Inhalten der Bürgereingaben und der Vorgehensweise bei deren Bearbeitung interessierten die asiatischen Vertreter insbesondere die Rechte des Petitionsausschusses gegenüber der Landesregierung. Sie zeigten sich überrascht darüber, dass selbst Minister zur Beratung einer Peti-



Eine Delegation des Kontrolllyuans der Republik China auf Taiwan informierte sich im Landtag über den Umgang mit Bitten und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.

tion eingeladen werden können. Gleichzeitig wurden Themen wie die politische Unabhängigkeit und der Einfluss der Medien auf die Arbeit der beiden Institutionen erörtert.

Als besonders bürgerfreundlich unterstrichen sowohl die Vorsitzende des Petitionsausschusses Barbara Borchardt als auch der Bürgerbeauftragte Bernd Schubert die verfassungsrechtlich verankerte Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich mit ihren Anliegen an den Petitionsausschuss oder an den Bürgerbeauftragten wenden zu können. Beide Institutionen arbeiten zusammen, haben aber ihre eigenen Stärken und Schwerpunk-

te bei der Arbeit. Auch hierzu gab es gezielte Nachfragen der Gäste.

Der Kontrolllyuan ist als juristisches Kontroll- und Disziplinarorgan für die öffentliche Verwaltung eine der fünf Säulen des in Taiwan verankerten Gewaltenteilungsprinzips.

Aus der Verfassung M-V

Artikel 35 Petitionsausschuss

(1) Zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger bestellt der Landtag den Petitionsausschuss. Dieser erörtert die Berichte der Beauftragten des Landtages.

(2) Die Landesregierung und die der Aufsicht des Landes unterstehenden Träger öffentlicher Verwaltung sind verpflichtet, auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Petitionsausschusses die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Akten der ihnen unterstehenden Behörden vorzulegen, jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Amtshilfe zu leisten. Die gleiche Verpflichtung besteht gegenüber vom Ausschuss beauftragten Ausschussmitgliedern. Artikel 40 Abs. 3 gilt entsprechend.

Artikel 36 Bürgerbeauftragter

(1) Zur Wahrung der Rechte der Bürger gegenüber der Landesregierung und den Trägern der öffentlichen Verwaltung im Lande sowie zur Beratung und Unterstützung in sozialen Angelegenheiten wählt der Landtag auf die Dauer von sechs Jahren den Bürgerbeauftragten; einmalige Wiederwahl ist zulässig. Er kann ihn mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages vorzeitig abberufen. Auf eigenen Antrag ist er von seinem Amt zu entbinden.

(2) Der Bürgerbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er wird auf Antrag von Bürgern, auf Anforderung des Landtages, des Petitionsausschusses, der Landesregierung oder von Amts wegen tätig.

Meinungen zum Altenparlament



Robert Woywode
Erzbischöfliches Amt Schwerin

Ich finde die Veranstaltung wichtig und sinnvoll. Hier kann man über die Probleme sprechen, die für die Senioren wichtig sind – Wohnumfeld, gesund leben. Aber nicht alles, was hier gefordert wird, ist finanziell machbar. Wenn man in der Kommune aktiv ist, weiß man an und für sich, dass man die Wünsche auch nach den Möglichkeiten richten sollte. Diese Einsicht, glaube ich, fehlt hier manchmal.



Hannelore Glagla
Verband der Kriegsofopfer M-V

Ich finde, dass das 5. Altenparlament gut vorbereitet wurde. Es ist gut, dass die Politiker sich die Zeit nehmen, um das Altenparlament zu hören, und die Probleme, mit denen wir täglich konfrontiert sind, auch aufnehmen. Wie die Umsetzung der Forderungen des Altenparlaments nachher durch Politik und Wirtschaft erfolgt, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Wir hoffen und wünschen uns jedenfalls, dass sehr viel von den Forderungen, die in den drei Arbeitskreisen erarbeitet wurden, umgesetzt wird.



Friedbert Grams
Landesseniorenbeirat M-V

Ich denke, es war eine gelungene Veranstaltung. Man kann zu dem einen oder anderen Punkt anderer Meinung sein – der Grundtenor aber war okay. Wir haben sehr viel diskutiert, auch sehr viele Änderungen eingebracht. Auch unter dem Aspekt: Was ist machbar. Ich stehe dafür, dass man Probleme, die die Menschen bewegen, ansprechen muss, auch wenn man nicht immer Dank dafür erntet. Wenn ich nichts fordere, erreiche ich auch nichts.

Resolution des 5. Altenparlaments

Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!
Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Wir, die Delegierten des 5. Altenparlamentes, bekennen uns zu den Grundlagen der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns, nach denen unser Bundesland ein demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat ist.

Das 5. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern begrüßt daher die bisherigen Initiativen und Beschlüsse des Landtages und der Landesregierung zu obigem Thema. Es fordert die Legislative und Exekutive unseres Landes auf, auch zukünftig konsequent gegen rechtsextremistische Bestrebungen vorzugehen und dabei alle rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen.

Gerade uns älteren Menschen, deren eigene Lebenserinnerungen und -erfahrungen bis in die Zeit des Nationalsozialismus zurückreichen, bereitet der anwachsende genera-

tionsunabhängige Rechtsextremismus und -radikalismus große Sorge und Angst.

Die vielen Opfer der verhängnisvollen Hitlerdiktatur mahnen uns, Mitmenschlichkeit zu zeigen und Solidarität zu üben. Sie fordern uns heraus, die Demokratie zu verteidigen und sie gegen alle Angriffe Radikaler zu schützen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Artikel 1 Grundgesetz). Wer Schwache, Andersdenkende, Anderslebende oder Ausländer, die bei uns leben, diskriminiert oder tyrannisiert, verletzt die Menschenrechte in ganz eklatanter Art und Weise.

Die Geschichte hat uns eindringlich gezeigt und lehrt uns, wohin extremistische Entwicklung führen kann, wenn Zivilcourage verlorenght. Deshalb ist die Bekämpfung des

Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch wir sind uns als Zeitzeugen dieser Verantwortung bewusst und wollen sie als Herausforderung betrachten, für unsere Arbeit in den Seniorenbeiräten, Seniorenorganisationen und Seniorenverbänden, in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, in den Kirchen und Vereinen sowie in allen anderen Institutionen, die uns delegiert haben.

Wir rufen alle älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, sich mit dem Rechtsextremismus und Radikalismus, aber auch mit solchen Aktionen, wie der „Schwarze Block“ in Rostock, auseinanderzusetzen und nicht wegzuschauen, sondern wo immer möglich, das Gespräch mit den jungen Menschen zu dieser Problematik zu suchen. Wehret den Anfängen, denn viele von uns haben jene schreckliche Zeit noch erlebt!

Ganz die Mutter ...

Chambord an der Loire gilt als „Mutterschloss“ für Schwerin



Das Jagdschloss Chambord an der Loire lieferte dem Schlossbaumeister Demmler viele Anregungen für den Neubau der Residenz auf der Schweriner Schlossinsel.

Die Ähnlichkeit ist unverkennbar. Chambord im Tal der Loire mit seinen Türmen und Erkern und das Schweriner Schloss gleichen sich wie Mutter und Kind. Kein Zufall, schließlich hat sich der Schweriner Baumeister Georg Adolph Demmler Mitte des 19. Jahrhunderts bei seinen Entwürfen für den Mecklenburger Herrschersitz am imposanten französischen Vorbild aus der Renaissance orientiert. Das ist offenbar vielen Schwerinern bekannt und erklärt wohl auch das große Interesse, auf das Guillaume Colombo und seine Kollegen stießen, als sie kürzlich zum 150. Schweriner Schlossjubiläum „ihr“ Loire-Bauwerk im Burggarten präsentierten. Der kleine Stand gehörte zu den am dichtesten umlagerten auf der gesamten Schlossinsel. Wenn es nach dem An-



Philippe Martel, Direktor der Domaine National de Chambord (l.) begrüßt am 29. Juni gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Guillaume Colombo im Hof des Schlosses Chambord den 2. Vizepräsidenten des Landtages Andreas Bluhm (r.).

drang und den vielen Nachfragen nach Prospekten – und dem köstlichen Chambord-Konfekt – geht, kann sich das Schloss an der Loire demnächst nicht retten vor Touristen aus Mecklenburg und Vorpommern. „Die Leute sind sehr interessiert an unserer Region. Viele wollen sich Chambord im Original ansehen“, sagt der junge Franzose, der auch die Umgebung des Schlosses preist. Schließlich ist das Tal der Loire des „letzten ungezähmten Flusses Europas“, wie es in einem französischen Tourismus-Prospekt heißt – von der UNESCO zum Weltkulturgut erklärt worden. Colombo ist sich sicher, dass dies nur der Beginn einer viel versprechenden Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen sein wird. Gael Ibramsah vom Schloss Chambord sieht das genauso. Schließlich hatten er und Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider zu Pfingsten vereinbart, künftig stärker zu kooperieren. Keine leeren Worte – bereits Ende Juni nahm eine kleine Delegation des Landtages auf Einladung der französischen Partner an Feierlichkeiten auf Schloss Chambord teil.

Den Tourismus, da sind sich beide Partner sicher, wird die Kooperation weiter in Schwung bringen. Ein Besuch der Schlösser lohnt sich allemal. Beide Meisterwerke der Baukunst, obwohl in unterschiedlichen Jahrhunderten errichtet, strahlen eine traumhafte Märchenatmosphäre aus. Sie sind nah am Wasser gebaut und von ihren Türmen ge-

nißt man ein wundervolles Panorama. Und doch gibt es freilich viele Unterschiede. „Chambord wurde als königliches Jagdschloss gebaut, das immer nur zeitweise bewohnt war“, weist Guillaume Colombo auf einen solchen Unterschied in der ursprünglichen Funktion hin. Der Baumeister des Loire-Schlusses, das weniger als zwei Autostunden in südlicher Richtung von Paris entfernt am Tor zum Loire-Tal liegt, blieb bislang unbekannt. Während die einstige Schweriner Großherzogsresidenz, die heute neben dem Museum auch den Landtag beherbergt, das Stadtbild prägt, ist Chambord von reizvoller Landschaft umgeben. Auf den mehr als 5400 Hektar großen Ländereien tummeln sich die dort angesiedelten Hirsche und Wildschweine. Besucher schwärmen von der imposanten Doppeltreppe im Inneren, die auf die Terrassen führt, die wiederum einen atemberaubenden Blick auf die Umgebung bieten. Das Schweriner Schloss gilt als bedeutendstes Bauwerk des Historismus in Norddeutschland – Chambord als ein herausragendes Beispiel der beginnenden Renaissance in Frankreich, bei dem sich italienischer Stil mit französischen Traditionen verbindet. Während auf der Schweriner Schlossinsel königliche Hoheiten der Gegenwart weilten, wie die schwedische Königin Silvia, kann Chambord mit historischen Persönlichkeiten glänzen, so beispielsweise dem berühmten berüchtigten Sonnenkönig Ludwig XIV. Chambord und Schwerin – bei aller Gemeinsamkeit ist jedes der beiden Schlösser offenbar auf seine Weise reizvoll. Doch – um es im Sinne von Guillaume Colombo zu sagen – am besten, man überzeugt sich selbst davon.



Der Hauptturm des Schlosses Chambord darf als einer von zahlreichen Belegen dafür gelten, dass sich Schlossbaumeister Demmler an der Loire inspirieren ließ.



„Für Demokratie und Toleranz“ heißt es auf einem Stoffbanner, das Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am Morgen des 2. Juni vor dem Schweriner Schloss, dem Sitz des Parlaments, aufzog. Sie wollte damit unterstreichen, dass bei aller Unterschiedlichkeit von politischen Meinungen und Anschauungen die Grundwerte unseres demokratischen Staates unantastbar sind. Am 2. Juni waren in Schwerin Demonstrationen der NPD sowie Gegendemonstrationen eines antifaschistischen Bündnisses angemeldet worden. Zwar hatte das Oberverwaltungsgericht Greifswald aufgrund der erwarteten Teilnehmerzahl und der befürchteten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Demonstrationen verboten, aber bis kurz vor Veranstaltungsbeginn stand die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dazu aus.



Vor Beginn des G8-Gipfels in Heiligendamm besuchte Laura Bush, die Gattin des US-amerikanischen Präsidenten, am 6. Juni Schwerin. In der Stadtbibliothek überreichte sie eine Spende englischsprachiger Kinderbücher und sprach mit Kindern Schweriner Schulen. Anschließend stattete sie dem Schweriner Schloss einen Besuch ab. Nach einem Rundgang durch die historischen Räume des Schlossmuseums wurde sie hier von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßt und trug sich ins Gästebuch des Landtages ein. Bei einer Gesprächsrunde mit acht amerikanischen und deutschen Fulbrightern interessierte sich die First Lady besonders für die Erfahrungen der jungen Amerikaner, die an deutschen Schulen unterrichten, und für einen Vergleich der deutschen und amerikanischen Bildungssysteme.



Adressfeld für Abonnenten



Riesiger Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern beim Bundeswettbewerb Jugend debattiert: In der Sekundarstufe I gewann Philipp Hein vom Eldenburg-Gymnasium Lübz (r.) das Bundesfinale in Berlin. Auch im Finale der Sekundarstufe II war Mecklenburg-Vorpommern vertreten – hier belegte Peer Klüßendorf vom Käthe-Kollwitz-Gymnasium in Rostock den 4. Platz. Komplettiert wurde die erfolgreiche MV-Mannschaft durch Wiebke Neelsen vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar und Johannes Stoldt vom Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler haben sich 60.000 Schüler an 500 Schulen am Bundeswettbewerb Jugend debattiert 2007 beteiligt.

Vom 2. bis 6. Juli 2007 fand im Schweriner Schloss zum 5. Mal das Projekt „Jugend im Landtag“ statt. Landtag und Landesjugendring hatten 80 junge Leute aus ganz Mecklenburg-Vorpommern eingeladen, ihre Schulbank bzw. ihren Ausbildungs- oder Studienplatz mit dem Stuhl eines Abgeordneten zu vertauschen und am Sitz des Parlaments miteinander und mit den Abgeordneten zu diskutieren. Dabei ging es vor allem um die Themen Bildung, Gesundheit, Extremismus, Zukunft, Nachbarschaft und Globalisierung. Zum Programm gehörte auch ein Parlamentsspiel, bei dem die Jugendlichen ein Gesetzgebungsverfahren mit abschließender Plenardebatte und Abstimmung simulierten.